

Prammer: Entwicklungszusammenarbeit in Mittelpunkt parlamentarischer Arbeit rücken
Utl.: Bayr mahnt entwicklungspolitische und globale Verantwortung des Parlaments ein =

Wien (SK) - "Wir müssen Entwicklungszusammenarbeit in den Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit rücken - und zwar in allen Bereichen", richtete Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am Montag bei einer Veranstaltung des parlamentarischen Nord-Süd-Dialogs mit dem Titel "Politikkohärenz - vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umweltstrategien" einen Appell an die anderen Mandatäre. Sinn der Veranstaltung, so Prammer, sei, das Thema Kohärenz "in alle 36 Ausschüsse des Parlaments zu tragen". Sie sieht den Nationalrat also gefordert, "eine transparente, effiziente und ergebnisorientierte Entwicklungspolitik zu fördern". Die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, betonte, dass "es zwar schön ist, dass Kohärenz in Österreich gesetzlich festgeschrieben ist, dass das alleine aber nicht ausreicht". Sie mahnte daher eine "entwicklungspolitische, globale Verantwortung" ein, welche das Parlament wahrnehmen müsse. ****

Prammer sieht noch einigen "Handlungsbedarf", was das Funktionieren der EU in der Entwicklungspolitik anbelangt. Dem Halbzeitbericht der UN zu den Millenniums-Zielen entnimmt die Nationalratspräsidentin, dass die darin geforderten Maßnahmen rasch und sehr konkret umgesetzt werden müssen. Es gebe aber auch Erfreuliches zu berichten, so sei die Anzahl von Menschen in extremer Armut ebenso wie die Kindersterblichkeit weltweit zurückgegangen, wohingegen ein Ansteigen der Einschulungsrate und von Frauen in politischen Ämtern zu verzeichnen sei.

Bayr sieht in den EPAs, den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU, "derzeit noch keine Instrumente, die im Sinne der Kohärenz funktionieren". Auch bei den Fischereiabkommen der EU laufe viel "schief", kritisierte sie: "Die hoch technisierten europäischen Flotten fischen im Süden alles leer - und nehmen den Menschen ihre Nahrungsgrundlage und ihre Jobs weg". Auch wenn die EU jetzt ihre Ausgleichszahlungen für diese Staaten verfünffache, bringe das den betroffenen Ländern des Südens noch lange nicht ihre Selbstbestimmung zurück, führte die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ ins Treffen.

Als Beispiel für Kohärenzen mit der Entwicklungspolitik nannte Bayr den Umwelt- und Klimaschutz: "Wir im Norden haben die Klimaänderung verursacht - und die Menschen im Süden müsse sie jetzt viel massiver ausbaden". Sie forderte daher, "nicht nur den CO₂-Ausstoß in den Griff zu bekommen, sondern auch Folgekosten des Klimawandels für die Entwicklungsländer - etwa bei der Gesundheitsvorsorge oder Nahrungsmittelsicherheit - mitzubedenken". Bayr tritt ferner vehement für eine Zertifizierung von Bio-Sprit ein und erstaunte das Auditorium mit dem Umstand, dass "Indonesien wegen der Rodung von Flächen für die Palmölproduktion mittlerweile zum drittgrößten CO₂-Emittenten geworden ist".

Auch bei der Migration ortet die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ Notwendigkeit zur Kohärenz, bedauerte aber im gleichen Atemzug, dass "das Klima in Österreich momentan für eine Diskussion über Zuwanderung und Migration sehr vergiftet ist". Was Bayr außerdem erreichen möchte ist, "die globalen Auswirkungen eines österreichischen Gesetzes in den Vorblättern, die für jedes Gesetz erstellt werden, mitbedacht und angeführt werden". (Schluss) re

Rückfragehinweis: SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275, Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***
OTS212 2007-11-19/13:57